

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Massive Defizitreduktion für Bundesrat unmöglich

Bern (AP) Der Bundesrat hält eine Reduktion des Budgetdefizits auf höchstens sechs Milliarden Franken für kurzfristig unmöglich. Die bürgerlichen Bundesratsparteien wollen ohne diese Reduktion das nächste Budget zurückweisen. Der Bundesrat wird in den nächsten Wochen erneut nach Sparmöglichkeiten suchen, wie Vizekanzler Achille Casanova sagte.

FDP, CVP und SVP hatten verlangt, dass das Budget für 1995 höchstens ein Defizit von sechs Milliarden Franken aufweist. Der Bundesrat rechnet dagegen mit einem Fehlbetrag von rund 7,4 Milliarden. Die bürgerlichen Parteien haben bereits gedroht, das Budget im Dezember im Parlament zurückzuziehen, wenn nicht zusätzliche Einsparungen in der geforderten Größenordnung von gegen 1,5 Milliarden Franken erfolgen. Der Bundesrat will nun nochmals über die Bücher und nach zusätzlichen Sparmöglichkeiten für das Jahr 1995 suchen, bevor er in den nächsten Wochen Entscheide trifft.

Intensivere Zusammenarbeit angestrebt

Bern (AP) Zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Südafrika wird Bundesrat Flavio Cotti bei seinem Besuch in Südafrika voraussichtlich ein Memorandum of Understanding unterzeichnen. In Vorbereitung seien auch Abkommen zum Schutz der Investitionen sowie für die technische Zusammenarbeit, sagte Botschafter Nicolas Imboden am Freitag.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wird in Südafrika ab Sonntag mit Vertretern der südafrikanischen Regierung zusammentreffen. Südafrika sei nicht nur ein wichtiger politischer Partner, sondern auch ökonomisch von grösstem Interesse, sagte der Delegierte für Handelsverträge im Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI), Nicolas Imboden.

Kritik an Mehrwertsteuer-Verordnung

Bern (AP) Der Schweizerische Städteverband hat scharfe Kritik an der Mehrwertsteuer-Verordnung geübt. Es sei unzulässig, die Bundesfinanzen unter anderem auf Kosten der Städte und Gemeinden zu sanieren, hiess es an einer Fachtagung am Freitag in Bern. Dem Bund müssten schätzungsweise rund 200 Millionen Franken an Mehrwertsteuern entrichtet werden.

Entlastung der Regierung durch Delegation von Aufgaben

Die Kollegialregierung soll über eine Aufwertung der Regierungssitzungen gestärkt werden – Landtag wird sich in der nächsten Woche damit befassen

(G.M.) - Die von der Regierung vorgeschlagene Regierungsreform bringt in bezug auf die Regierungsstruktur keine wesentlichen Änderungen, weil nach dem Antrag an den Landtag die jetzige Struktur mit zwei vollamtlichen Regierungsmitgliedern und drei hauptamtlichen Regierungsräten (mit einem Pensum von 50 bis 80 Prozent eines Vollamtes) beibehalten werden soll. Hingegen will sich die Regierung durch eine Stärkung des Unterbaus und durch die Delegation von Aufgaben an die Arbeitsstellen und ihre Arbeitskapazität für eigentliche Führungsaufgaben einsetzen.

Dass sich die jetzige Kollegialregierung, die drei Vertreter der Vaterländischen Union (VU) und zwei Vertreter der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) aufweist, bei der Auswahl der verschiedenen Modelle für eine Regierungszusammensetzung für das derzeit geltende Modell entschied, stellt keine Überraschung dar. Insbesondere die VU-Mitglieder der Regierung, die bei den letzten beiden Koalitionsverhandlungen für eine Anhebung des Arbeitspensums der bisher halbzweijährlich beschäf-

tigten Regierungsräte kämpften, konnten kaum für eine andere Variante plädieren, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren wollten. Der im Bericht der Regierung zur Regierungsreform für die Zukunft als wahrscheinlich erachtete Schritt in Richtung Vollzeit-Pensum für alle fünf Regierungsmitglieder ist deshalb nicht weiter verwunderlich: Der letzte Schritt zur Vollamtlichkeit bleibt vorerst noch ausstehend, doch wird er in absehbarer Zeit erwartet.

Vorprotokollierung der Regierungsbeschlüsse

Die mit dem Stichwort «Stärkung des Unterbaus der Regierung» schon vor Jahren angestrebte Entlastung der Regierungsmitglieder hat gemäss Regierungsbericht bereits begonnen. Die mit dem Einbezug der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) möglich gewordene Vorprotokollierung der Regierungsbeschlüsse wird seit Anfang 1994 angewendet, indem die Ressortanträge, die Regierungsbeschlüsse und das Protokoll über das EDV-System eingeben und aufgefertigt werden. Vorerst sind vier Ämter – das Amt für Gewässer-

schutz, das Landwirtschaftsamt, das Amt für Personal und Organisation sowie das Schulamt – mit der Regierung vernetzt, jährlich sollen weitere drei bis vier Ämter in das Antragswesen miteinbezogen werden.

Als Vorteile dieser Vorprotokollierung erachtet die Regierung den stärkeren Einbezug der Ämter und Dienststellen in die Entscheidungsfindung, die Verringerung des Aufwands für die Sekretariatsarbeiten sowie die Reduktion der Fehlerquoten. Ausserdem trägt nach Auffassung der Regierung dieses System zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei, weil nach dem bisherigen Ablauf die Regierungsbeschlüsse zum Teil erst im Nachhinein ausformuliert wurden, während sie jetzt bereits in der Regierungssitzung vorliegen.

Delegation von Aufgaben

Bestandteil der angegangenen Regierungsreform bildet auch die Delegation von Aufgaben, die bisher in den Zuständigkeitsbereich der Kollegialregierung fielen, an die Regierungsressorts oder an die Arbeitsstellen. Ziel dieser Delegation von Verwaltungsaufgaben ist es gemäss

Regierungsbericht, die Regierungssitzung künftig von minder wichtigen Aufgaben zu entlasten und durch eine klare Aufgabenteilung zwischen Regierung und Verwaltung stärker für die Meinungsbildung und die Entscheidungsfindung in den übergeordneten Aufgaben der Kollegialregierung einzusetzen.

Nach eigenen Aussagen ging die Regierung bei einem ersten Schritt in diese Richtung «pragmatisch» vor, indem vorerst jene Bereiche angegangen wurden, die auf den Traktandenlisten der Regierungssitzungen als immer wiederkehrende Aufgaben aufscheinen. Dabei handelt es sich um Geschäfte, deren Bearbeitung aufgrund einer klaren Gesetzeslage kein oder nur marginal ein Ermessen zulässt und lediglich eine genaue Überprüfung in bezug auf die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen erfordert.

Zu diesen Aufgaben zählen gemäss Regierungsbericht: Die Gewährung von Subventionen, Auszahlungen an Vereine und Organisationen, die im Budget vorgesehen sind, Eintragungen in die Zivilstandsregister, Einbürgerungen im erleichterten Verfahren, Zulassung von Revisionsgesellschaften als Kontrollstellen oder Gesellschaften.

In einem ersten Paket hat sich der Landtag mit der Änderung von 20 verschiedenen Gesetzen in dieser Richtung zu befassen, wobei für alle Entscheidungen der Arbeitsstellen der Rechtszug an die Kollegialregierung vorbehalten bleibt. Bei der Delegation von Aufgaben an die einzelnen Regierungsmitglieder bleibt der Rechtszug an die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI).

Regierungsreform und Verwaltungsreform

Im Gegensatz zu den bisherigen Regierungen ist die jetzige Regierung der Auffassung, dass «bei der heutigen Zahl von 34 Ämtern und Dienststellen und ca. 20 direkten Mitarbeitern» die Führung über ein Kollegium nicht mehr machbar sei. Die laufende Führung und Kontrolle müsse vom einzelnen Regierungsmitglied wahrgenommen werden, hält die Regierung in ihrem Reformbericht fest, weshalb angestrebt werden müsse, dass jedes Amt einem Regierungsmitglied zugeordnet werde. Allerdings ist die Verwirklichung dieser Vorstellung noch mit Schwierigkeiten verbunden, weil es noch starke Überlappungen gibt. Es habe sich bei der letzten Verteilung der Geschäfte auf die Regierungsmitglieder gezeigt, heisst es im Regierungsbericht weiter, «dass eine Bereinigung des Ressortplanes mit dem Ziel, jedes Amt einem Regierungsmitglied zuzuordnen, auf Hindernisse stösst, die wohl nur in mehrjährigem Bemühen überwunden werden können.»

Mit der Delegation von Aufgaben und den anderen Massnahmen der Verwaltungsreform möchte die Regierung die Zielsetzung erreichen, künftig die «Regierungssitzungen auf die Grundsatzfragen und die Entscheidungen von genereller Bedeutung zu konzentrieren.» Zu den «wichtigsten von der Kollegialregierung zu behandelnden Angelegenheiten» zählt die Regierung: Festlegung der wichtigsten Ziele der liechtensteinischen Politik, Koordination der Regierungsarbeit, Vertretung des Landes nach innen und aussen, Leitung der Vorarbeiten in der Gesetzgebung.

Zürich wird Hauptsitz der EBS

Zürich (AP) Die seit rund zwei Jahren in Betrieb stehende neue Zürcher Börse wird Hauptsitz der Elektronischen Börse Schweiz (EBS). In den bisherigen Räumen werde die ganze Schweizer Börsenorganisation zentralisiert, sagte der Präsident des Vereins Börse Schweiz, Jörg Fischer, in einem Interview des «Tagblatts der Stadt Zürich» vom Freitag.

Fürst Hans-Adam II. eröffnete Denkmalschutztage

Feierstunde im Rathausaal in Vaduz – Am Wochenende stehen zahlreiche Gebäude für alle offen



Fürst Hans-Adam II. eröffnete gestern abend im Rathausaal in Vaduz die «Tage des Denkmalschutzes», die in unserem Land dieses Wochenende durchgeführt werden. Gleichzeitig kann auch das 50jährige Bestehen des Denkmalschutzes begangen werden. Mehr über die Eröffnungsfeier und die Denkmalschutztage im Innern der heutigen Ausgabe. (Bild: Roland Korner)

Wirtschaft erhöht Druck auf den Bundesrat

Vorortspräsident wirft Regierung Versagen in Wirtschafts- und Finanzpolitik vor

Zürich (AP) Die Wirtschaft wirft dem Bundesrat Wirtschafts- und finanzpolitisches Versagen vor. An der Delegiertenversammlung des Vororts vom Freitag in Zürich forderte der Präsident Andres Leuenberger die Landesregierung auf, endlich als Gesamtbehörde zu handeln. Der Privatbankier Ivan Pictet propagierte das «Genfer Modell» mit dem Hinauswurf der Linken.

Für den Vorort sind wirtschaftspolitisches Malaise und Vertrauenskrise zwischen Politik und Volk nicht eine Folge des politischen Systems. Das Heil sei deshalb nicht in Abstrichen an der direkten Demokratie zu suchen. Sondern das Problem liege darin, dass

Regierung, Parlament und Parteien es verlernt hätten, zwischen Gesamtinteressen und Partikularinteressen zu unterscheiden. Das politische Handeln richtete sich immer mehr auf einen durch Umfragen und Stimmungsbarometer gesteuerten politischen Markt aus. «Statt durch klare Ziele überzeugen zu wollen, bietet man wohlfeile populistische Lösungen auf Kosten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an», sagte Leuenberger. Statt als Führungsgremium funktioniere der Bundesrat eher als Kartell der Bundesämter. Oberste Priorität hätte für den Vorort die Sanierung der Bundesfinanzen. Die bisher beschlossenen Massnahmen werden als völlig ungenügend

eingestuft, und beim neuen Sanierungsplan wendet sich der Vorort entschieden gegen Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen. Leuenberger richtete seine Kritik auch hier an den Gesamtbundesrat, der die Sparvorschläge des Finanzministers immer wieder verwässere. Für den Vorort ist ein sozialpolitischer Marschhalt geradezu eine Mindestforderung. Es sei unerlässlich, dass der Bundesrat nun endlich die departementale Interessenlage überwinde und als Gesamtbehörde handle. Aber auch das Parlament müsse sich einer Selbstdisziplinierung unterwerfen. Der Vorort will sich deshalb aktiv an der Lancierung einer Volksinitiative engagieren.

